

Kuntze, Oscar-Erich

Article

Belgien: Pragmatisch durch die Konjunkturflaute

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kuntze, Oscar-Erich (2003) : Belgien: Pragmatisch durch die Konjunkturflaute, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 56, Iss. 13, pp. 39-47

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/163929>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Fortsetzung der Wachstumsschwäche im Jahre 2002. Allmähliche konjunkturelle Erholung im späteren Verlauf von 2003. Spürbare Zunahme von Nachfrage und Produktion 2004. Geldpolitik stimuliert auch 2004 spürbar. Lohnpolitik gibt moderate Anstöße. Finanzpolitik bei ungefähr ausgeglichenen öffentlichen Haushalten weiter konsolidierungsorientiert und mit Blick auf die Konjunktur etwa neutral. Zunächst noch zunehmend bremsend wirkt hingegen die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar; dieser Effekt lässt jedoch im Laufe von 2004 nach. Hohe und weiter steigende Überschüsse der Leistungsbilanz. Konsumentenpreise erhöhen sich nur mäßig. Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt bis Anfang 2004.

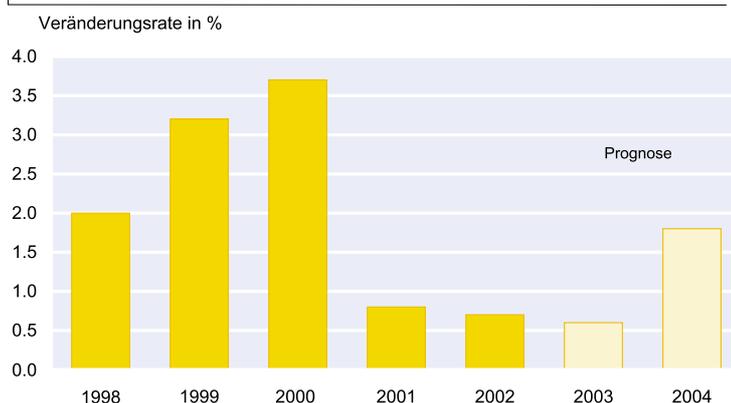
Das soziale und politische Umfeld wird weiterhin geprägt von der Fortführung der seit über 30 Jahren laufenden Staatsreform, welche die ethnische Trennung weiterführt, institutionalisiert und Entscheidungen vielfach erschwert. Andererseits werden dadurch die Spannungen zwischen den Volksgruppen allmählich abgebaut, was auch in der seit Anfang der achtziger Jahre gestiegenen politischen Stabilität seinen Niederschlag findet. So konnte die Regierung Verhofstadt I die Legislaturperiode fast zur Gänze durchstehen. Aus den Wahlen zum belgisches Abgeordnetenhaus im Mai 2003 sind die beiden großen sie tragenden Parteien gestärkt hervorgegangen. Das hängt auch damit zusammen, dass das sich in dem früher verschiedentlich von Skandalen geprägten Land vieles gebessert hat. Zudem beginnt die Bevölkerung Ansätze zunehmenden Vertrauens in die öffentlichen Institutionen und wieder mehr Interesse an der Politik zu zeigen.

Die seit über drei Jahrzehnten laufende Staatsreform mit dem Ziel einer immer weitergehenden Föderalisierung des Landes auf Grundlage der ethnischen Grenzen erfuhr im Jahre 2002 einen neuen Schub, welcher den Regionen Brüssel, Flandern und Wallonien erweiterte Zuständigkeiten in der Landwirtschafts-, Verkehrs- und Entwicklungspolitik brachte. Wie weit die Zersplitterung auch institutionell gediehen ist, zeigt sich u.a. darin, dass beispielsweise der die Basis für die EU-Osterweiterung bildende Vertrag von Nizza außer vom Bundesparlament auch von den drei Regionalparlamenten ratifiziert werden musste. Diese Entwicklung lässt das belgische politische System zwangsläufig weiter von einer Konkurrenz-

hin zu einer Konkordanzrichtung tendieren, wodurch die aus der extremen Föderalisierung resultierenden Spannungen entlang der ethnischen und sozialen Grenzen gemildert und die Existenz des Staates gesichert wird.

Aus den um einen Monat vorgezogenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Mai 2003 gingen neben den bisher schon regierenden Liberalen und Sozialisten auch die stark rechtsgerichteten Parteien Front National und Vlaams Blok als Sieger hervor. Die bei den Wahlen 1999 vom Dioxin-Skandal kräftig profitierenden Grünen haben hingegen vier Fünftel ihrer 20 Mandate eingebüßt. Bereits damals mussten die zuvor mitregierenden Christdemokraten Federn lassen, und sie haben jetzt nochmals Stimmen eingebüßt, was zu einem Wechsel im Parteivorsitz führte. Die bisherige Koalition des Regenbogens (arc-en-ciel) aus Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen, die mit 93 von 150 Sitzen in der Zweiten Kammer eine komfortable Mehrheit hatten, wird indes nicht fortge-

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

setzt. Gegen eine Neuaufgabe sprechen nicht nur die wenig verbliebenen Abgeordneten der Grünen, sondern auch der Umstand, dass diese Partei während der letzten Legislaturperiode verschiedentlich handfeste Regierungskrisen ausgelöst und das Regierungsbündnis zwei Wochen vor der Wahl im Streit um neue Flugschneisen für den Flughafen Brüssel-Zaventem verlassen hatte. Seit Juli amtiert unter Ministerpräsident Verhofstadt eine Koalition aus Liberalen und Sozialisten; 1954/58 hatte es eine derartige Konstellation unter Ministerpräsident van Acker schon einmal gegeben. Ersterer gewannen acht Mandate und stellen mit 49 Abgeordneten die stärkste Partei vor den personell verjüngten und glaubhaft reformierten Sozialisten, die um 15 auf 48 Sitze zulegten. Damit ist die parlamentarische Basis sogar noch breiter als jene des vorigen Kabinetts Verhofstadt, und vor allem stabiler. Die parlamentarische Arbeit bleibt gleichwohl schwer genug, nicht nur wegen ethnischer Gegensätze und regionalen wirtschaftlichen Unterschieden, sondern auch weil die Volksvertretung wie in keinem anderen Land unter dem Druck von Regierung und Parteiorganisationen sowie den auf diese beiden Komponenten heftig einwirkenden Interessengruppen steht.

Bei der Bevölkerung hat das **Vertrauen in Parteien und Politik** seit einiger Zeit zugenommen, wenngleich von einem sehr tiefen Niveau aus. Hierzu hat nicht nur die im Allgemeinen gute Leistung der letzten Regierung beigetragen, sondern auch ihr energisches und offenes Verhalten beim Kampf gegen die aus den Niederlanden eingeschleppte Hühnerpest im April 2003. Auch in die leidige, Polizei und Justiz in schlechtem Licht erscheinende und das Volk immer noch aufwühlende Affäre Dutroux kommt Bewegung. Der Prozess gegen den Kinderschänder soll im März 2004 eröffnet werden.

Wirtschaftspolitische Priorität genießen in der laufenden Legislaturperiode die weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen, die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Senkung der Lohnnebenkosten. Die Lohnpolitik gibt mit dem Tarifabkommen 2003/2004 Flankenschutz. Insgesamt wird die Wirtschaftspolitik, die nun auf einer parlamentarisch breiteren und bezüglich der Regierung solideren Grundlage agiert, in diesem wie im kommenden Jahr etwa neutral auf die Konjunktur wirken.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 0,2%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich 2¹/₂%. In **Westeuropa**, wie auch in der

EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 0,8% und in Deutschland um 0,2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

In **Belgien** ähnelte das konjunkturelle Muster wiederum sehr stark demjenigen Westeuropas, was angesichts des sehr hohen Exportanteils am BIP und der außerordentlich engen Verflechtung besonders mit den westeuropäischen Volkswirtschaften (2002 wurden 74% der Warenlieferungen dort abgesetzt) nicht erstaunt. Dem spürbaren Rückgang von Nachfrage und Produktion im letzten Quartal 2001 folgte eine leichte Erholung, der jedoch bereits im Herbst 2002 wieder eine Verlangsamung folgte. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte bei annähernd neutral ausgerichteter Wirtschaftspolitik mit 0,8% knapp dem Durchschnitt Westeuropas entsprechend. Wie dort erwies sich auch hier der Verbrauch als konjunkturstabilisierende Komponente, wiewohl mit abnehmender Dynamik. Das gilt besonders für den privaten Konsum, während der Staatsverbrauch relativ lebhaft ausgeweitet wurde. Demgegenüber sind die Bruttoanlageinvestitionen auf breiter Front deutlich gesunken. Weniger ausgeprägt, aber gleichwohl spürbar, wurden die Lager abgebaut, auch in dieser Hinsicht der westeuropäischen Entwicklung folgend. Unter anderem im Zusammenhang mit dieser verringerte sich auch der Export. Da der Import aber noch stärker abnahm, stieg das Aktivum der Leistungsbilanz auf ca. 6% des BIP. Das schwache Wirtschaftswachstum hatte eine Verringerung der Beschäftigung und eine merklich auf 7,3% im Jahresdurchschnitt steigende Arbeitslosenquote zur Folge. Der Preisauftrieb ließ im Verlauf tendenziell nach, und die Konsumentenpreise lagen nur mehr um 1,6% über dem Niveau von 2001.

Der **private Konsum** (+ 0,6%) erholte sich zunächst vom vorjährigen Rückgang, stagnierte jedoch trotz spürbar steigender realer verfügbarer Einkommen während des zweiten Halbjahrs, womit er der Entwicklung des Konsumklimas entsprach. Dieses wurde wesentlich bestimmt durch die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, namentlich durch den Rückgang der Beschäftigung. Symptomatisch für die Klimaverschlechterung ist der weiter und sogar deutlich sinkende Absatz neuer Personenwagen. Dies umso mehr, als 2002, wie in allen geraden Jahren, der Brüsseler Automobilsalon ausgerichtet wurde, wodurch die Autoverkäufe in der Regel stimuliert werden. Bezeichnend ist ferner, dass die Sparquote gegenüber 2001 um

0,7 Prozentpunkte auf 15,6% zugenommen hat. Die Reallöhne erhöhten sich pro Kopf der Beschäftigten um 2,2%, und damit doppelt so stark wie im Jahr zuvor. Zudem wurde die Einkommensteuer schwerpunktmäßig für Bezieher niedriger Einkommen mit ihrer hohen Konsumquote nochmals etwas gesenkt. Im Gegensatz zum privaten Konsum ist der **öffentliche Verbrauch** (+ 2,2%) im Verlauf leicht beschleunigt und etwa so deutlich ausgeweitet worden wie 2001.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (– 2,7%) haben sich nach dem Einbruch im vierten Quartal 2001 kurzzeitig erholt, um anschließend erneut zu sinken und erst Ende des Jahres wieder zuzunehmen. Dabei blieb die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie im Verlauf tendenziell konstant, lag jedoch unter dem Durchschnitt der neunziger Jahre. Der Rückgang war in der verarbeitenden Industrie besonders ausgeprägt. Vor allem die Textil- und Lederindustrie, die Chemie sowie die Eisen- und Nicht-eisenindustrie investierten weniger. Ausnahmen bildeten die Nahrungsmittelindustrie und der Automobilsektor, die ihre Investitionen erhöhten. Noch stärker als die Ausrüstungsinvestitionen gingen jedoch die Bauinvestitionen zurück, obwohl in die Erhaltung von Gebäuden wieder mehr investiert wurde. Beim Wohnungsbau verstärkte sich sogar die seit Ende 2000 laufende Rezession, obwohl die Zinsen noch weiter gesunken sind und die Reallöhne pro Kopf stärker stiegen als zuvor. Aber es fehlte angesichts von Beschäftigungsrückgang, steigender Arbeitslosigkeit und gedämpften Konjunkturerwartungen die nötige Zuversicht. Der gewerblich-industrielle Bau brach um mehr als 10% ein, da das Angebot vor allem an Büroraum reichlich war und die bisher aufwärts gerichtete Tendenz bei den Mieten zu kippen begann. In dem von der öffentlichen Hand dominierten Tiefbau war ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, wenn auch weitaus weniger ausgeprägt als im Jahr zuvor.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen sank gegenüber 2001 um 0,9%. Ursache ist der zu Jahresbeginn bestehende Unterhang von 1,8% infolge der vorjährigen deutlichen Exportrezession. Während des ersten Halbjahrs erholte sich die Ausfuhr nämlich kräftig, ging jedoch anschließend abermals zurück – in beiden Fällen handelte es sich vorwiegend um Reflexe der westeuropäischen Konjunktorentwicklung. Doch sind auch die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gestiegen. Dadurch verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, was in einer Zeit konjunkturbedingt verschärfter Konkurrenzkämpfe besonders nachteilig ist. Und schließlich begann gegen Ende des Jahres die rasche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar dämpfend zu wirken. Die **Einfuhr** schrumpfte mit 1,6% noch stärker als der Export. Dies bewirkte trotz gegenüber 2001 unveränderter Terms of Trade einen erheblichen Anstieg des Über-

schusses der **Leistungsbilanz** auf 5,9% des BIP, nach 4,5% im Jahre 2002.

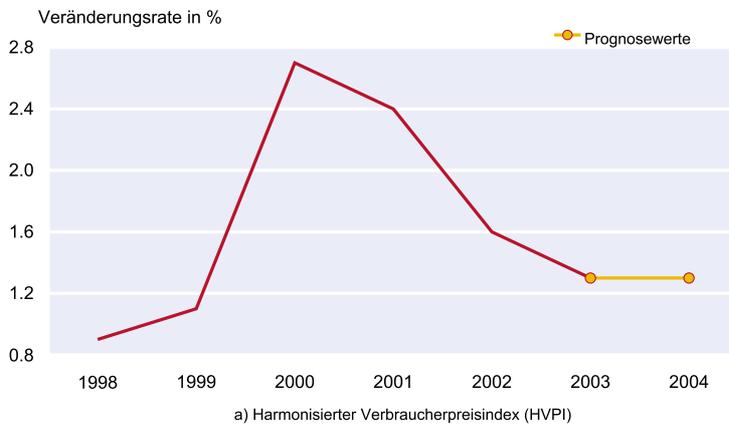
Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechterte sich die Lage stetig. Die Beschäftigung ging etwas zurück, obwohl die Lohnnebenkosten vor allem der älteren Arbeitnehmer mittels staatlicher Maßnahmen spürbar gesenkt worden waren. Die Arbeitslosenquote stieg auf 7,3% im Jahresdurchschnitt, was etwa dem westeuropäischen Mittel entsprach. Vor allem in der Automobilproduktion sowie im Telekommunikationssektor wurde Personal entlassen. Aber auch die kleinen, im Zuge der »New Economy«-Euphorie gegründeten Unternehmen setzten Mitarbeiter frei. Das Gros der kleinen und mittleren Unternehmen hielt indes weitgehend seine Kräfte.

Der Preisauftrieb war im Verlauf sehr moderat. Dämpfend wirkten vor allem die flauere Konjunktur sowie die sinkenden Einfuhrpreise infolge von Dollar-Abwertung und bis in den Herbst hinein sinkenden Rohölpreisen; als Reaktion hierauf sind die Großhandelspreise gegenüber 2001 nur um 0,4% gestiegen. Auch wurden administrierte Preise bei der Einführung des Euro-Bargelds abgerundet. Letztere ist auch hier besonders von Unternehmen des Dienstleistungssektors – namentlich des Hotel- und Gaststättengewerbes, das die Preise im Jahresdurchschnitt um 5% heraufgesetzt hat – zu stärkeren Preiserhöhungen genutzt worden. Dies hätte sich durch den vorübergehenden Rückgriff auf Preiskontrollen, wie sie im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1971 sehr erfolgreich angewandt worden waren, weitestgehend verhindern lassen. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) lagen um 1,6% über dem Niveau von 2001, erhöhten sich also spürbar schwächer als im westeuropäischen Durchschnitt. 0,2 Prozentpunkte der Teuerungsrate sind laut Berechnungen der Belgischen Nationalbank auf die Einführung des Euro-Bargeldes zurückzuführen.

Wirtschaftspolitik

Während die Geldpolitik der Konjunktur noch bis weit in das Jahr 2004 Anregungen gibt, wenn auch mit nachlassender Intensität, wird die Finanzpolitik heuer und im kommenden Jahr annähernd neutral wirken. Die Lohnpolitik dämpft 2003 etwas, wird aber 2004 expansiver sein. Leicht bremsend wirkt auch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Insgesamt erhält die Konjunktur seitens der Wirtschaftspolitik keine Anregungen mehr, wird aber auch nicht gebremst.

Von der **Geldpolitik** bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mai 2003 nicht mehr an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumenten-

Konsumentenpreise^{a)}

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

preise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest (nunmehr soll die Inflationsrate mittelfristig »nahe 2%« liegen). Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölvertierung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,2% (im Mai 2003 um 8,5% über dem Niveau vom Mai 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 4,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75%, im März 2003 auf 2,5% und im Juni auf 2% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Und selbst wenn es zu keiner weiteren monetären Lockerung kommt, wird der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reichen. Für **Belgien** sind die Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum zu hoch, gemessen an den stabilitätspolitischen Erfordernissen jedoch etwa angemessen. Auch heuer wird die Teuerung stärker sein als im westeuropäischen Durchschnitt. Dies, obwohl der Euro 2002 in Relation zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen hat. Im Juni 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich 22,2%, wobei der Euro-Kurs

das Niveau der Jahre 1997 und 1998 erreichte, dieses zuletzt jedoch wieder deutlich unterschritt. Zur Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA und deren hohen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die **Finanzpolitik** machte 2002 weitere Fortschritte in Richtung Konsolidierung der Staatsfinanzen. Allerdings wurden die mit der

EU-Kommission vereinbarten Konsolidierungsziele leicht verfehlt, obwohl bereits im Juli mit einem vorwiegend Ausgabenabstriche enthaltenden Nachtragshaushalt auf die ungünstiger als erwartete Konjunktur- und Einnahmementwicklung reagiert worden war. Angesichts des spürbar unter den Prognosen zurückgebliebenen Wirtschaftswachstums ist das gleichwohl eine bemerkenswerte finanzpolitische Leistung. Die öffentlichen Haushalte schlossen insgesamt mit einem Überschuss von 0,1% des BIP, und die öffentliche Verschuldung sank auf 105,3% des BIP. Neun Jahre zuvor hatte man mit 138,1% den bisher höchsten Stand registriert. Die Konsolidierung war somit erfolgreicher als in verschiedenen anderen EU-Ländern wie Deutschland und Frankreich. Sparsamkeit auf der Ausgabenseite mitbedingt durch kräftig gesunkene Zinsen (die Zinsausgaben der öffentlichen Hand sind von durchschnittlich 10,1% des BIP während der Jahre 1991/95 auf 6% im Jahre 2002 gefallen), konjunkturbedingt deutlich gestiegene Steuereinnahmen sowie erhebliche Privatisierungserlöse waren für den Erfolg ausschlaggebend. Dieser ist umso eindrucksvoller, als sich das finanzpolitische Muster seit 1998 umgekehrt hat. Bis dahin hatten nämlich Steuer- und Abgabenerhöhungen den Konsolidierungskurs – wie in Österreich 2002 – dominiert. Im Jahre 1999 vorsichtig beginnend, wurde die Steuer- und Abgabenlast seither allmählich reduziert. Diese Linie wird mit der umfassenden Steuerreform 2002/2006 fortgesetzt. Dabei hatte man zuletzt Steuer- und Abgabenerleichterungen auch mit beschäftigungspolitischen Mitteln dergestalt kombiniert, dass etwa die Mehrwertsteuer für beschäftigungsintensive Produktionen von 21 auf 6% gesenkt wurde. Für 2003 ist eine Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten um 0,3% des BIP vorgesehen, die jedoch durch restriktive Maßnahmen ausgeglichen werden, so dass die Wirkung auf die Konjunktur per saldo null ist. Ein weiterer Schritt soll aber frühestens 2004 folgen, und so ist denn 2005 angesichts der heuer kaum einzuhaltenden Etatansätze ein realistischeres Datum. Die Reform stellt vor allem auf eine Entlastung der Geringverdie-

ner ab, doch soll auch der Spitzensteuersatz von 55% im Jahre 2001 auf 50% fallen. Den für die internationale Wettbewerbsfähigkeit wichtigen Körperschaftsteuersatz will man weiter auf 30% senken. Die Steuer- und Abgabenquote lag 2002 mit rund 46% des BIP zwar immer noch über dem Durchschnitt der EU-Länder (ca. 43%), doch ist der Abstand im Laufe der Jahre spürbar geschrumpft.

Der **Staatshaushalt 2003** bleibt vorwiegend im Wege von Einsparungen (was von der Bevölkerung überwiegend goutiert wird) auf der konsolidierungspolitischen Linie. Wie erfolgreich diese auch im westeuropäischen Vergleich war, zeigt sich am Primärüberschuss der öffentlichen Haushalte, der von null im Jahre 1985 ziemlich gleichmäßig auf 6,6% des BIP in den Jahren 2000 und 2001 gestiegen ist, 2001 aber auf 6,1% zurückfiel. Im EU-Durchschnitt schwankte er bis Mitte der neunziger Jahre um die Null-Linie, erhöhte sich 2002 auf 3,8% (Erlöse aus dem UMTS-Lizenzen) und sank im vergangenen Jahr auf 1,2%. Zwar wird an der geplanten Steuerreform und den im zweiten Schritt derselben auf 1,5 Mrd. € bezifferten Steuerentlastungen festgehalten, von der sowohl Unternehmen (der Körperschaftsteuersatz wurde auf 40% gesenkt und die »Krisensteuer« abgeschafft) als auch private Haushalte profitieren. Hierzu mussten statt der ursprünglich geplanten einen Milliarde 1,5 Mrd. € zusätzlich an den im mittelfristigen Finanzplan vorgesehen Ausgaben eingespart und die Tabaksteuer – wie auch einige Gemeindesteuern – heraufgesetzt werden. Aber der geplante Anlauf zur Sanierung vor allem der mit fast 5 Mrd. € hochverschuldeten Staatsbahn (NMBS/SNCB), mittels sukzessiver Übernahme ihrer Schulden in den Staatshaushalt, musste verschoben werden. Auch ging es nicht ohne »kreative« Maßnahmen, um den budgetierten Ausgleich des Etats 2003 zu ermöglichen – gemäß dem im November 2002 neu gefassten Konsolidierungsplan hätte ein Überschuss von 0,5% des BIP erzielt werden müssen. So wurde das Telecom-Unternehmen Belgacom, an dem der Staat eine Mehrheit von 50% plus eine Aktie hält, zur zusätzlichen Ausschüttung einer Dividende genötigt, was es der Regierung ermöglicht, den mit Blick auf die demographische Entwicklung der Bevölkerung geschaffenen Sonderfonds mit zusätzlichen 250 Mill. € zu dotieren. Insgesamt ist eine Zunahme der Ausgaben um real 0,9% (vorher galten 1,5%) vorgesehen. Während sich verschiedene Ressorts mit etwa stabilen oder schwach steigenden Ausgabenansätzen bescheiden müssen, werden die Ausgaben für das Gesundheitswesen um nominal 6,4% sowie jene für das Justizwesen, die Polizei und für die Entwicklungshilfe (die Beziehungen zur ehemaligen Kongo-Kolonie verbesserten sich seit 2001 erheblich) spürbar erhöht. Zudem werden u.a. die Mindestpensionen heraufgesetzt. Dem Kapital der Post (La Poste) wurden 300 Mill. € zugeführt. Bei der Verabschiedung des Budgets 2003 wurde jedoch ein Wirtschaftswachstum von 2,1% unterstellt, das aus

heutiger Sicht keinesfalls erreichbar ist; realistischer ist 1/2% mit entsprechenden staatlichen Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Man dürfte also unmittelbar nach Installation der neuen Regierung einen Nachtragshaushalt mit zusätzlichen Einsparungen – wobei Einsparungen beim Zinsaufwand wieder eine Rolle spielen werden – und vermutlich auch Steuer- und Abgabenerhöhungen beschließen, obwohl bereits seit Beginn des Jahres ein restriktiveres Ausgabengebaren als geplant unter dem Rubrum »Anker Prinzip« eingesetzt. Auch wurden die am Ende des vorigen Jahres über Plan liegenden Steuereinnahmen buchhalterisch auf 2003 übertragen. Gleichwohl dürfte sich ein leichtes Defizit nicht vermeiden lassen, und die Staatsverschuldung wird wohl nur auf 103,5% des BIP zurückgehen. Für die Konjunktur würde das kaum einen Stimulus bedeuten.

Die **Einkommenspolitik** ist in ihrem korporativistischen Grundmuster ein Spiegelbild des sich in Richtung auf verstärkte Konkordanz bewegenden politischen Systems. Sie orientiert sich weiter an der Lohnentwicklung in den angrenzenden kontinentalen Volkswirtschaften. Die seit 1994 äußerst restriktive einkommenspolitische Linie auf der Basis staatlicher Eingriffe ist ab 1997 langsam gelockert worden. Ende 2000 hatten sich Sozialpartner und Regierung wieder auf einen zweijährigen, bis Ende 2002 terminierten **Sozialpakt (Accord Interprofessionnel 2001 – 2002)** geeinigt. Während beider Jahre sollten die Nominallöhne – der Kernpunkt der Abkommens – im Durchschnitt der Sektoren insgesamt um höchstens 6,4% steigen, was auch annähernd eingehalten wurde; in Sektoren mit besonders großen Produktivitätsfortschritten durften sie um bis zu 7% erhöht werden. Die bisherigen Pakte haben sich bewährt. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass es sich seit längerem bei Arbeitskonflikten nicht um Lohnstreiks, sondern um Ausstände zum Erhalt von Arbeitsplätzen handelt. Für die Jahre 2003/2004 wurde eine neue Vereinbarung getroffen, nach der die Nominallöhne insgesamt im Schnitt um 5,4% angehoben werden sollen. Hiervon dürfen die Branchentarifverträge der wirtschaftlichen Situation entsprechend etwas abweichen. Der Lohnanstieg soll heuer mit Blick auf Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung auf weniger als die Hälfte dieses Satzes beschränkt werden und damit spürbar unter dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder, aber über der deutschen Rate liegen. 2004 kommt es dann bei lebhafterer Zunahme von Nachfrage und Produktion zu einem Nachholeffekt.

Ordnungspolitisch hat der Schwung in Richtung Privatisierung und Deregulierung ziemlich nachgelassen. Das hängt auch damit zusammen, dass die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen zu einem erheblichen Teil bereits veräußert wurden, die völlig missglückte Privatisierung der nationalen Fluglinie SABENA ebenso abschreckend wirkt wie ähnliche

Fehlleistungen in anderen Ländern und für Entstaatlichungen der verbliebenen großen Brocken wie etwa der Staatsbahn weder die betrieblichen noch die politischen Voraussetzungen gegeben sind. Die wettbewerbspolitisch bedenklichen Steuerprivilegien für Multis sollen auf Druck der EU-Kommission, hinter dem auch die deutsche Regierung steht, abgeschafft werden. Es handelt sich um etwa 300 sog. Koordinierungszentralen ausländischer Großunternehmen, die seit 1982 substantielle Steuervorteile bei der grenzüberschreitenden Finanzierung von Tochterfirmen genießen und damit von einem »schädlichen Steuerwettbewerb« profitieren. Ähnliche, auch für das Sitzland dieser Zentralen lukrative Praktiken werden in Dänemark, Irland und in den Niederlanden gepflogen.

Energiepolitisch fiel eine wichtige Parlamentsentscheidung: Zwischen 2015 und 2025 sollen die sieben Atomkraftwerke, welche etwa 60% der Elektrizitätsversorgung sichern, abgeschaltet werden, sobald eine Anlage das Alter von 40 Jahren erreicht hat. Allerdings ist offen, wie die Versorgungslage in 10 bis 20 Jahren aussehen wird. Und das schwedische Beispiel zeigt, dass solche weit in die Zukunft reichende Beschlüsse später von der Realität revidiert werden können.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **USA** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₄%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um ca. 1%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um fast 2³/₄% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um ³/₄% ausgeweitet; für die EU und für den Euroraum ist eine etwa gleich hohe Rate zu erwarten, während es in Deutschland gegenüber 2002 unverändert bleibt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 27,5 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 6%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 3³/₄%.

Während der letzten 20 Jahre hat sich die politische und wirtschaftliche **Lage des Landes langsam, aber stetig verbessert**. Die Staatskrise der siebziger und frühen achtziger Jahre, während derer das Land kurz davor war, an dem mit dem Begriff »Sprachenstreit« unzureichend umrissenen Kulturkampf zwischen Flamen und Wallonen zu zerbrechen, konnte um den Preis einer überbordenden Staatsverschuldung (der jedoch erheblicher privater Reichtum gegenübersteht) und einer in Europa einmaligen Föderalisierung weitgehend bereinigt werden. Von den maßgeblichen poli-

tischen Lagern wird Belgien als Nationalstaat nicht mehr in Frage gestellt. Doch ist die Spaltung der Gesellschaft in zwei Volksgruppen zementiert, sehr ausgeprägt und keineswegs spannungsfrei. Das bringt erhebliche Probleme hinsichtlich Koordinierung, personeller Doppelbesetzungen etc. mit sich. Angestoßen von den Skandalen der späten neunziger Jahre begann man zudem die harsch kritisierten Institutionen Polizei und Justiz zu reformieren. Damit werden indes die engen Verbindungen zwischen diesen, den politischen Parteien, der Regierung, den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden nicht aufgehoben, die seit 1948 Jahren entwickelten korporativistischen Strukturen nicht beseitigt. Letztere finden ihre Erklärung in der, wie in Österreich, sehr starken gesellschaftlichen und politischen Position der Sozialpartner. Anders als die Parteien sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen nach wie vor auf nationaler Ebene organisiert. Die gut organisierten (Organisationsgrad etwa 75%, ohne Pensionisten ca. 55%), weltanschaulich pluralistischen Gewerkschaften sind mächtig genug, um in allen wichtigen Fragen mitzureden und gegebenenfalls zu blockieren. Auch der Industrieverband (Fédération d'Industrie de Belgique), neben ihm existiert noch die Föderation nicht-industrieller Unternehmen, ist straff organisiert und verfügt über großen politischen Einfluss. Beide Seiten arbeiten seit gut einem halben Jahrhundert eng im Zentralen Wirtschaftsrat und im Nationalen Arbeitsrat in einer Art konzertierter Aktion sowie seit den neunziger Jahren bei zweijährigen Sozialkontrakten zusammen. Dies macht die weitgehende Beherrschung des industriellen Sektors durch Tochterfirmen ausländischer Unternehmen erträglich, welche sich die geographische Lage in Zentrums Europas, die gute Infrastruktur, den Zugang zum Meer sowie die enge Verkehrsanbindung an die Nachbarländer zunutze machen. Da auch die anderen Rahmenbedingungen günstig sind, ist Belgien eine der für ausländische Investitionen attraktivsten Destinationen. Im Gegensatz zu anderen Ländern (z.B. Spanien, Irland) mit kräftigem Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen liegen die Investitionen in Forschung und Entwicklung mit 2% des BIP etwas über dem EU-Durchschnitt. Die extrem enge wirtschaftliche Verzahnung mit dem Ausland, vor allem mit Westeuropa, wird ergänzt durch die internationale Bedeutung als Sitz von EU und NATO. Auf dieser Basis und mit Blick auf die zunehmende politische Stabilität und fortschreitende Konsolidierung der Staatsfinanzen ist zu erwarten, dass Belgien weiterhin eine pro Kopf über dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Wirtschaftsleistung erbringen kann.

Die Konjunktur in **Belgien** entwickelt sich weiterhin etwa dem Rhythmus der westeuropäischen Konjunktur entsprechend. Der annähernden Stagnation während des ersten Halbjahrs folgt eine allmählich Erholung von Nachfrage und Produktion, kaum gestützt von der Wirtschaftspolitik. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um ¹/₂%, also geringfügig schwächer als im vorigen Jahr expandieren. Privater und öf-

fentlicher Konsum werden hingegen in kaum verändertem Maße ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen finden langsam aus der Rezession heraus, zumal die Bauinvestitionen ihr Tief überwinden. Die Ausfuhr nimmt nur wenig zu, da die westeuropäische Konjunktur nur schwach aufwärts tendiert. Obwohl die Einfuhr etwas lebhafter zunehmen dürfte, bleibt die Leistungsbilanz hochaktiv. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage nochmals, und die Arbeitslosenquote liegt im Jahresdurchschnitt bei 8%. Der Preisauftrieb lässt weiter nach. Die Verbraucherpreise dürften das Niveau von 2002 um 1 1/4% überschreiten.

Der **private Konsum** (hierauf entfallen 55% des BIP) nimmt vermutlich um 1/2%, also weiterhin stetig, aber sehr langsam zu. Zwar steigen die Reallöhne bei arbeitsmarktbedingter Lohnzurückhaltung in etwa gleichem Ausmaß, und die Einkommensteuer wird nochmals gesenkt mit Schwerpunkt beim unteren Einkommensbereich, wo die marginale Konsumquote überdurchschnittlich hoch ist. Einer rascheren Entwicklung steht indes die rückläufige Beschäftigung entgegen. Auch ist das Konsumklima im ersten Halbjahr auf ein spürbar unter dem langfristigen Durchschnitt liegendes Niveau abgesackt. Hieraus dürfte eine etwas erhöhte Sparquote resultieren. Dies erklärt auch den während des ersten Jahresdrittels saisonbereinigt weiter gesunkenen Absatz neuer Personenautos. Andere langlebige Gebrauchsgüter verkaufen sich ebenfalls schleppend, zumal der Wohnungsbau sein Tief erst im späteren Verlauf des Jahres langsam überwindet. Der **Staatsverbrauch** (22% des BIP) expandiert neuerlich um annähernd 2%.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (21% des BIP) weisen nochmals eine negative Veränderungsrate (- 1/2%) aus. Im Verlauf bedeutet das zunächst einen leichten Rückgang, wesentlich mitbedingt durch schwache Auslandsnachfrage und Befürchtungen negativer Auswirkungen des gegenüber dem

US-Dollar stark gestiegenen Eurokurses. Erst im Laufe des zweiten Halbjahrs ist eine allmählich Erholung zu erwarten, stimuliert von den immer noch sehr niedrigen Zinsen und dem sich aufhellenden konjunkturellen Umfeld im In- und Ausland. Wenn auch die Kreditinstitute bei der Risikoabwägung vorsichtiger geworden sind, kann von einer Kreditklemme keine Rede sein. Dank schon vor Jahren eingeleiteter Sparmaßnahmen ist ihre Ertragslage – im Gegensatz zu deutschen Geschäftsbanken – gut und ihr Heimatmarkt erheblich weniger risikobelastet. Hier korrelieren die Investitionen besonders eng mit den Unternehmensgewinnen, weil die Innenfinanzierung erheblich ausgeprägter ist als in anderen Ländern, was mit den vielen Niederlassungen ausländischer Unternehmen zusammenhängt. Das Geschäftsklima in der verarbeitenden Industrie ist zuletzt wieder günstiger geworden, nachdem es sich während der ersten fünf Monate dieses Jahres erheblich eingetrübt hatte. Die Auslastung der Kapazitäten in diesem Bereich hat im zweiten Quartal nochmals etwas abgenommen, liegt aber immer noch in der Nähe des langjährigen Durchschnitts von 80%. Zuletzt wurden weitere Produktionskürzungen im Automobilsektor angekündigt. Zu Kapazitätserweiterungen besteht zwar im Allgemeinen noch kein Anlass. Aber in die Rationalisierung der Produktion dürfte verstärkt investiert werden, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Auch hat sich bei IT-Ausrüstungen nach längerer Investitionszurückhaltung Erneuerungsbedarf angestaut. Die Bauinvestitionen finden – hierauf lassen auch Unternehmensbefragungen schließen – nur sehr langsam aus der Rezession heraus, und dies hauptsächlich infolge des anspringenden öffentlichen Baus. Im Wohnungsneubau lässt die Entwicklung der Baugenehmigungen auf einen erneuten Rückgang schließen, doch wird dies durch höhere Aufwendungen für Renovierungen annähernd ausgeglichen. Auf die gewerblich-industriellen Investitionen sinken weiter. Ursachen sind ausbleibende Erweiterungsinvestitionen in der verarbeitenden

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002 ^{a)}	2003 ^{a)}				2004 ^{a)}		
			IRES ^{b)}	BFP ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	BFP ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,7	0,9	1,2	1,2	1,3	2,3	2,3	2,3
Inlandsnachfrage	0,5	0,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,9	2,0	2,2
Privater Verbrauch	0,9	0,6	0,8	1,0	0,9	1,0	1,7	1,4	2,0
Staatsverbrauch	2,2	1,9	1,9	1,9	2,0	1,5	1,6	1,8	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-2,7	0,6	0,8	-0,5	0,5	3,0	2,8	2,5
Exporte ^{f)}	1,1	-0,9	1,2	2,7	2,2	2,6	5,6	4,8	6,6
Importe ^{f)}	0,8	-1,6	1,8	2,9	2,6	2,8	5,4	4,6	6,8
Industrieproduktion (ohne Bau)	-3,3	1,6	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,4	1,6	1,8	1,5	1,4	1,4	1,4	1,3	1,2
Arbeitslosenquote	6,7	7,3	8,3	7,8	7,8	7,8	7,9	7,8	7,7
Leistungsbilanz (Saldo) ^{g)}	4,5	5,9	n.a.	6,1	6,2	5,0	6,9	6,9	5,3
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	0,4	0,1	n.a.	n.a.	-0,2	0,0	n.a.	-0,1	0,2

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Institut de Recherches Economiques et Sociales, Louvain-la-Neuve, vom März 2003. – ^{c)} Bureau Fédéral du Plan, Brüssel, vom Mai 2003. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2003. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

den Industrie sowie zunehmende Leerstände und sinkende Mieten bei Bürogebäuden.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (85% des BIP) dürfte lediglich um knapp 1% expandieren, wobei die konjunkturelle Schwäche in Westeuropa wesentlich bestimmender ist als die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Denn hierhin gehen drei Viertel der Waren- und ein noch höherer Prozentsatz der Dienstleistungsexporte. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit kann gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz ungefähr gehalten werden. Im Verlauf ist nach schwacher Entwicklung im ersten Halbjahr eine allmähliche Erholung während des zweiten Semesters zu erwarten, wenn die Konjunktur in Westeuropa und in der Welt wieder anzieht. Der **Import** (82% des BIP) dürfte etwas rascher als die Ausfuhr expandieren. Da jedoch die Terms of Trade günstiger werden, steigt das Aktivum der **Leistungsbilanz** auf reichlich 6% des BIP.

Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechtert sich die Lage weiter, obwohl sich die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf die gefährdetsten Gruppen – ältere Arbeitnehmer, Jugendliche und weibliche Arbeitssuchende – konzentrieren. Auch wurde das Mindestalter für die Frühpensionierung von 55 auf 57 Jahre heraufgesetzt. Die Beschäftigung geht langsam weiter zurück, und die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres auf reichlich 8% steigen.

Der Preisauftrieb lässt weiter nach. Hierauf deutet auch die Entwicklung der Produzenten- und Großhandelspreise von Konsumgütern hin. Dämpfend wirken die schleppende Entwicklung der Nachfrage und der damit lebhaft Wettbewerb, die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie der Rückgang der Ölpreise. Auch verlangsamt sich der interne Preisauftrieb, gemessen an den Lohnstückkosten, infolge des moderaten Lohnanstiegs. Und schließlich kommt es nicht zu nennenswerten indexrelevanten Anhebungen von Steuern, Abgaben und administrierten Preisen. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften um 1¹/₄% über dem Niveau von 2002 liegen.

Wirtschaftsentwicklung 2004

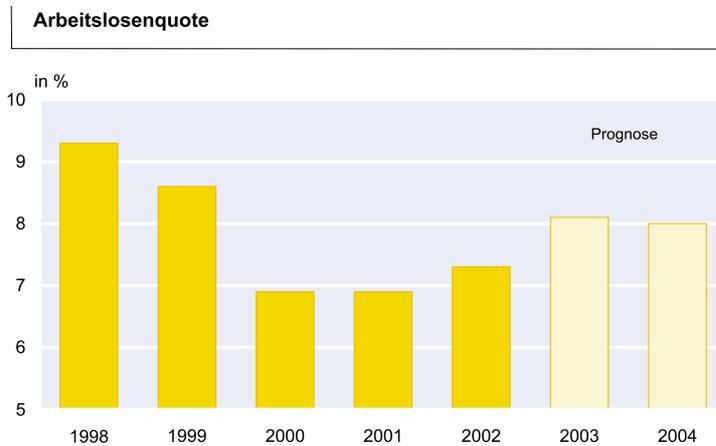
Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um 1¹/₄% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3¹/₄%. In **Westeuropa** und der EU erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; im Euroraum expandiert es fast so stark und in Deutschland um 1³/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 26 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 10% mehr als 2003. Der **Wechselkurs**

des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 6¹/₂% ausgeweitet werden.

In **Belgien** erholt sich die Konjunktur im Laufe des Jahres zunehmend. Dabei spielt die Wirtschaftspolitik als stützendes Element so gut wie keine Rolle. Ausschlaggebend ist vielmehr der Sog des weltwirtschaftlichen Aufschwungs, besonders aber die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Westeuropa. Hinzu addiert sich eine zyklische Komponente nach annähernd dreijähriger Durststrecke. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 1³/₄% expandieren. Wesentlich bedingt durch höhere Reallohnsteigerungen nimmt der private Konsum beschleunigt zu, während der öffentliche Verbrauch annähernd im bisherigen Rhythmus ausgeweitet wird. Besonders lebhaft erholt sich der Export, begünstigt vom Umschwung des internationalen Lagerzyklus. Hierdurch wesentlich stimuliert gewinnen auch die Bruttoanlageinvestitionen an Schwung. Auf dem Arbeitsmarkt beginnt sich die Situation erst im späteren Verlauf des Jahres zu bessern. Die Preise steigen mäßig, aber nicht weiter verlangsamt.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen erhöht sich um 4¹/₂%; dabei kann die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, gemessen am Anstieg der Lohnstückkosten, einigermaßen gehalten werden. An dieser Expansion haben alle Weltregionen teil, wobei im Falle der USA die vom kräftigen Konjunkturaufschwung ausgehenden Impulse stärker zu Buche schlagen als die dämpfende Wirkung der Euro-Aufwertung. Im weiteren Verlauf tendieren mit der weltweit anziehenden Investitionstätigkeit auch die Lieferungen von Investitionsgütern zunehmend aufwärts; Belgien hält beim Export von Maschinen und Anlagen mit ca. 3% der Weltausfuhr einen in Relation zum BIP überdurchschnittlich hohen Anteil. Zudem kommen erhebliche Impulse vom internationalen Lageraufbau, da der Anteil von Vor- und Zwischenprodukten am industriellen Ausstoß im westeuropäischen Vergleich nach wie vor hoch ist. Da der **Import** etwas langsamer steigt als der Export und sich die Terms of Trade noch etwas verbessern, dürfte die **Leistungsbilanz** einen auf 6¹/₂% erhöhten Überschuss ausweisen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** nehmen um reichlich 2% zu, finden also deutlich aus der Rezession heraus. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen. Stimulierend wirken die wachsende Auslastung der Kapazitäten, verbesserte Absatz- und Ertragsserwartungen – vor allem bedingt durch die lebhaft Exportkonjunktur –, die noch immer günstigen Finanzierungsbedingungen sowie der infolge der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gewachsene Druck zur Rationalisierung der Produktion und zum Ersatz veralteter Anlagen. Zudem ist der Nachholbedarf bei IT-Ausrüstungen noch nicht gedeckt. Auch die Bau-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

steten verringern. Die Arbeitslosenquote liegt wiederum bei 8%.

Der Preisanstieg bleibt moderat, geht aber nicht weiter zurück. Stabilisierende Einflüsse sind erneut, wiewohl schwächer als zuvor, von den Einfuhrpreisen zu erwarten. Demgegenüber entfallen im Inland im Zuge der konjunkturellen Erholung die dämpfenden Effekte. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften im Jahresdurchschnitt wieder um 1¹/₄% und damit erneut langsamer als im westeuropäischen Mittel steigen.

Abgeschlossen am 10. Juli 2003

investitionen ziehen allmählich an. Das gilt nur in sehr abgeschwächtem Maße für den Wohnungsneubau, weil eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus nicht zu erwarten ist und sogar ein Rückgang eintreten könnte. Allerdings dürften starker steigende reale verfügbare Einkommen, günstige Finanzierungsbedingungen sowie verbesserte konjunkturelle Aussichten eine allmähliche Ausweitung des privat finanzierten Neubaus induzieren. Die Aufwendungen für Renovierungen steigen wie bisher. Der industriell-gewerbliche Bau expandiert erst im weiteren Verlauf des Jahres stärker, wenn sich die Nachfrage nach modern ausgestatteten Büroraum – auch im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung – wieder erhöht. Der öffentliche Bau nimmt bei anhaltenden Konsolidierungsbemühungen von Zentralstaat und Gebietskörperschaften nur sehr langsam zu.

Der **private Konsum** wächst um 1¹/₄%, beschleunigt sich also im Verlauf allmählich. Anregend wirken die stärker als 2003 steigenden Reallöhne, die immer noch recht niedrigen Zinsen bei günstigeren Konjunkturaussichten und die sich ab Jahresmitte leicht verbessernde Arbeitsmarktlage. Die Sparquote dürfte auf dem Stand von 2003 verharren. Nach dem lang anhaltenden Rückgang der Neuwagenkäufe ist eine Zunahme umso mehr zu erwarten, als – wie in allen geraden Jahren – wieder der Brüsseler Automobilsalon stattfindet. Andererseits wird die Belebung beim Wohnungsbau zu schwach sein, um ein nennenswertes Anziehen der Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen auszulösen. Der **Staatsverbrauch** nimmt um 1³/₄% zu.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, verschlechtert sich die Situation zunächst nur noch wenig und bessert sich im späteren Verlauf des Jahres etwas. Die Beschäftigung nimmt nur wenig ab. Im Bausektor und in einigen Dienstleistungsbereichen werden wieder Kräfte eingestellt, während der Stellenabbau in der verarbeitenden Industrie weitergeht. Auch der Staat will die Zahl der Bedien-